

Stellungnahme zum Artikel der Neuen Presse vom 23.11.2024 „Stimmung durch falsche Aussagen angeheizt“

Wir haben volles Verständnis, dass Herr Bürgermeister Steiner seine Entscheidungen und die des Stadtrates verteidigt. Es ist auch völlig in Ordnung, Falschinformationen anzuprangern. Für uns ist es aber indiskutabel, dass der Bürgermeister selbst falsche Behauptungen aufstellt.

Im Einzelnen:

Herr Bürgermeister Steiner behauptete, die Wasserpreiserhöhung sei von uns mit den Kosten der Rathaussanierung verknüpft worden. Dies ist unzutreffend. Bereits im März hatten wir ausgeführt:

„Wir werden versuchen herauszufinden, wie die Finanzplanung der Stadt Rödentel für die nächsten Jahre aussieht und welche Einschnitte, vor allen Dingen bei den freiwilligen sozialen Leistungen notwendig sein werden, um das Mammutprojekt zu finanzieren.“

Richtig ist lediglich, dass wir zuletzt darauf hingewiesen haben, dass es sich uns nicht erschließt, wie die Stadtwerke Rödentel, die in diesem Jahr zwei Betriebsmittelkredite benötigten und die Wasserpreise massiv erhöhen mussten, die kalkulatorisch notwendige Miete für das Dachgeschoss aufbringen sollen, nachdem sich die Aufstockung nach Angaben des Bürgermeisters aus der Mieteinnahme finanzieren soll.

Bezüglich der Wasserpreise ab 2025 recherchieren wir im Moment. Nach bisherigem Stand zahlen die Bürger Rödentels im Landkreis am meisten. Das kann sich aber noch ändern.

Herr Bürgermeist Steiner behauptet, Oliver Lukas habe gesagt, dass ihn der Ahorner Bürgermeister in einem Gespräch mit ihm verhöhnt habe. Ein Gespräch mit Herrn Finzel hat Herr Lukas, wie sich anhand der Videoaufzeichnung nachvollziehen lässt, nicht behauptet. Tatsächlich wies Oliver Lukas darauf hin, dass Ahorn eine pragmatische und günstige Sanierung vorgenommen hat. Die Erklärung des Herrn BM Finzel in der Neuen Presse vom 26.10.2024: „Wir sind mit Augenmaß herangegangen, haben das getan, was nötig war und das erhalten, was möglich war“ hat er nachvollziehbar als Seitenhieb auf die Rödentaler Umbaupläne gewertet.

Auch mit der nächsten Behauptung, dass von uns hauptsächlich zu vernehmen gewesen sei, was die Stadt nicht tun solle, hat Herr Bürgermeister Steiner Unrecht.

So würden wir fordern, keinen Radweg zu bauen. Das ist schlicht falsch. Unser nachzulesendes Resümee lautet:

„Spätestens jetzt ist es höchste Zeit, dass sich alle Beteiligten, die Stadt Rödentel, die Gemeinde Dörfles-Esbach, die Bürgerinitiative „Itzwiesen“, der VCD, der ADFC, der Landkreis Coburg und auch die Stadt Coburg (wegen der Anbindung an das bestehende Radwegenetz) zusammensetzen und die zwischenzeitlich vier verschiedenen Varianten ergebnisoffen diskutieren und im Idealfall eine Konsens-Lösung gemeinsam umsetzen und finanzieren.“

Das kann auch der Radweg „Itzaue“ sein, wobei für uns unverständlich ist, warum Herr Bürgermeister Steiner auf unsere Anfrage, wie der Radweg aussehen soll, keine Pläne oder Skizzen zur Verfügung stellt.

Den Vorwurf, wir würden die Rathaussanierung verhindern wollen, können wir nicht nachvollziehen. Die Sanierung des Rathauses im Bestand, in welchem Umfang auch immer, und die Aufstockung zur Unterbringung der Stadtwerke sind zwei völlig unterschiedliche Themen. Wir unterstellen zu seinen Gunsten, dass Herr Bürgermeister Steiner unsere Veröffentlichungen (auch auf unserer Website) nicht gelesen hat. Die Neue Presse hat unsere derzeitigen Forderungen zutreffend wiedergegeben:

- Vorläufiger Stopp des Vorhabens
- Fachlich fundierte Analyse des Sanierungs- und Renovierungsbedarfes des Rathauses und des Gebäudes Bürgerplatz 3
- Durchführung der zwingend notwendigen Maßnahmen am Rathaus
- Umsetzung weiterer Maßnahmen nur bei betriebswirtschaftlicher Rentabilität, bestätigt durch externe Fachleute
- Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes für das Gebäude Bürgerplatz 3

Wenn der Sanierungsbedarf des Rathauses unter Zuziehung externer Experten (was Herr Steiner offen ließ) geprüft wurde, mag er das Ergebnis den interessierten Bürgern zur Verfügung stellen. Nach unseren Informationen liegt dem Stadtrat keine belastbare Expertise vor. (wobei es allerdings möglich ist, dass diese aus Geheimhaltungsinteresse Gegenstand einer nichtöffentlichen Sitzung war, sodass niemand darüber reden darf).

Wir sehen die Notwendigkeit zwingend erforderliche Maßnahmen durchzuführen, um die Betriebssicherheit zu gewährleisten und den wohl entstandenen Sanierungsstau aufzulösen. Wir meinen aber, dass alle weiteren Maßnahmen einer betriebswirtschaftlichen Prüfung unterzogen werden sollten, wie z.B. die Solarpaneele an der Fassade. Sollte es diese Prüfung geben, wäre Transparenz geboten. Gegen sinnvolle und rentable Verbesserungsmaßnahmen haben wir nichts einzuwenden. Dass bereits 2018 eine Sanierungen durchgeführt wurde und jetzt nach den uns vorliegenden Informationen eine vollständige Kernsanierung notwendig sei, gibt uns jedoch zu denken.

Eine Anregung:

Vielleicht wäre es sinnvoll, die Ausgangssituation, die geplanten Maßnahmen sowie deren Notwendigkeit und/oder Rentabilität in einer Bürgerinformation transparent darzustellen und nicht nur mit einem Wärmebild, das, wie von uns dargelegt, keine Aussagekraft hat, zu argumentieren?

Die Aussage des Herrn Bürgermeisters, ein Erfolg des Bürgerbegehrens würde zu einem Millionenschaden führen, bedarf einer Erläuterung.

Herr Steiner hat in der Bürgerversammlung am 15.11.2024 die Kosten und Fördermittel offengelegt, aber nur bei den Kosten zwischen Bestandssanierung und Aufstockung unterschieden. Auf Nachfrage teilte er mit, die Förderung beziehe sich nur auf den Bestand. Warum bei Wegfall der Aufstockung die Förderung wegfallen soll, ist für uns deshalb nicht nachvollziehbar. Ebenso wenig können wir nachvollziehen, dass Stabilisierungshilfen, die zur Überbrückung einer unverschuldeten finanziellen Notlage gewährt werden (https://www.stmfh.bayern.de/kommunaler_finanzausgleich/bedarfazuweisungen/#:~:text=1.%20Die%20Zugangsvoraussetzung) zurückzuzahlen seien, wenn eine Aufstockung unterbleibt und die Sanierung auf das zwingend notwendige Maß (wofür die Stabilisierungshilfen wohl ohnehin nur verwendet werden dürfen) beschränkt werden.

Die Behauptung, ein Bürgerbegehren, das die Begrenzung der Sanierung des Rathauses und des Gebäudes der Stadtwerke auf ein notwendiges und betriebswirtschaftlich sinnvolles Maß erreichen und die Aufstockung da Rathauses verhindern will, führe dazu, dass die Stadt weiterhin stark sanierungsbedürftige Gebäude habe, ist völlig unverständlich.

Zu guter Letzt:

Dass unser Kreisverband erst in letzter Zeit aktiv wurde, beruht auf einer Neubesetzung des Vorstandes und Setzung neuer kommunaler Prioritäten. Rödental steht derzeit im Focus, weil die Mehrheit unserer Mitglieder und Vorstände Rödentaler Bürger sind. Mit einer „Sozialisierung persönlicher Probleme“, was immer das sein soll, hat dies nichts zu tun!

Unser Appell:

Herr Bürgermeister, legen Sie die Fakten offen, damit die Entscheidungen nachvollziehbar werden!
Damit die Bürger anhand von Fakten und nicht Spekulationen entscheiden können, werden wir weiter nachfragen und die Ergebnisse auf unserer Website veröffentlichen.

Rödental, 23.11.2024

Jens Büschel-Girndt
FDP-Kreisverband Coburg-Land
Richard-Wagner-Straße 6
96472 Rödental

(die zugrunde liegenden Informationen und Stellungnahmen sind unter [Radweg "Itzaue" \(freie-demokraten.de\)](https://www.radweg-itzaue.de) abrufbar)